

BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF



der
LANDESRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)
Uwe Feiler, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB
Martin Patzelt, MdB
Katherina Reiche, MdB
Jana Schimke, MdB
Sebastian Steineke, MdB
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB

Nr. 43 / 2013 (01. November 2013)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Eckwerte des Arbeitsmarktes im Oktober 2013
3. Gesetzliche Neuregelungen zum 1. November 2013
4. 51 Millionen Operationen und medizinische Prozeduren bei stationären Patienten
5. Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die aktuellen Arbeitsmarktzahlen belegen einmal mehr die erfolgreiche unionsgeführte Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahre. So ist die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im September erstmals seit der Wiedervereinigung auf über 42 Millionen gestiegen. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahresmonat einen Anstieg um 250.000. Bei den laufenden Koalitionsverhandlungen mit der SPD muss sichergestellt werden, dass keine unüberschaubaren Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik vollzogen werden, wodurch das Erreichte gefährdet

werden könnte. Vielmehr gilt es, notwendige Ergänzungen und Korrekturen mit Augenmaß vorzunehmen.

Ihr



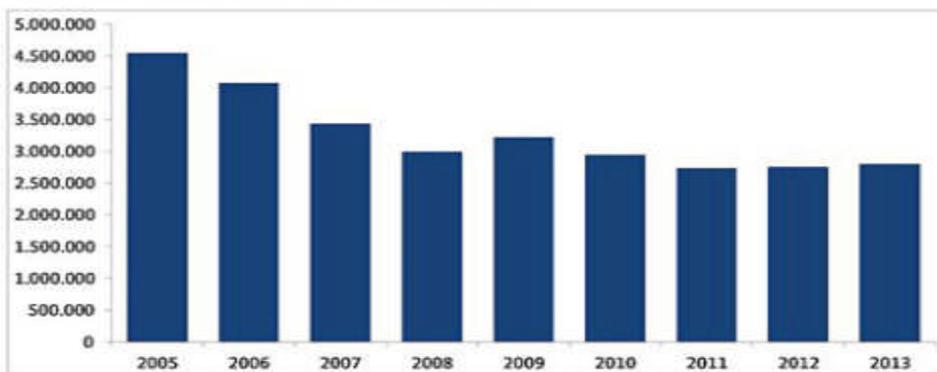
Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Eckwerte des Arbeitsmarktes im Oktober 2013

2.1. Arbeitslosenzahlen

Die Arbeitslosigkeit hat von September auf Oktober um 48.000 auf 2.801.000 abgenommen. Die Herbstbelegung fiel dieses Jahr insgesamt schwächer aus als in den Vorjahren. Saisonbereinigt ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat geringfügig um 2.000 angestiegen. Gegenüber dem Vorjahr waren 48.000 Menschen mehr arbeitslos gemeldet. Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit mitzählt, hat sich saisonbereinigt um 20.000 verringert. Insgesamt belief sich die Unterbeschäftigung im Oktober 2013 auf 3.749.000 Personen. Das waren 12.000 weniger als vor einem Jahr. Die nach dem ILO-Erwerbskonzept vom Statistischen Bundesamt ermittelte Erwerbslosigkeit betrug im September 2,20 Millionen und die Erwerbslosenquote lag bei 5,1 Prozent. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung (SGB III) waren im Oktober 870.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum Oktober 2012 ergibt sich ein Anstieg von 23.000. Insgesamt 813.000 Personen erhielten im Oktober Arbeitslosengeld; 34.000 mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II in der Grundsicherung (SGB II) lag im Oktober bei 4.347.000. Gegenüber Oktober 2012 war dies ein Rückgang von 22.000 Personen. 8,1 Prozent der in Deutschland lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter sind hilfebedürftig. In der Grundsicherung waren 1.932.000 Menschen arbeitslos gemeldet, 25.000 mehr als vor einem Jahr. Ein Großteil der Arbeitslosengeld II-Bezieher ist nicht arbeitslos gemeldet. Das liegt daran, dass diese Personen erwerbstätig sind, kleine Kinder betreuen, Angehörige pflegen oder sich noch in der Ausbildung befinden.

Arbeitslosenzahl im Oktober seit 2005



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Oktober 2013	2.801.189
September 2013	2.848.948
August 2013	2.945.708

2.2. Zahl der Erwerbstätigen erreicht Rekordstand

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist im September erstmals seit der Wiedervereinigung auf über 42 Millionen gestiegen. Das teilte das Statistische Bundesamt mit. Im Vergleich zum Vorjahresmonat erhöhte sich die Zahl um 250.000 (0,6 Prozent) auf insgesamt 42,16 Millionen. Gegenüber August 2013 waren 201.000 Menschen mehr erwerbstätig.

Die Hochrechnung der Bundesagentur für August weist gegenüber dem Vorjahr 353.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mehr aus. Insgesamt sind das 29,51 Millionen Menschen. Dabei hat die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung um 171.000 und die Teilzeitbeschäftigung um 182.000 zugenommen. Fast alle Bundesländer verzeichneten einen Beschäftigungsanstieg. Nur im Saarland ging die Beschäftigung zurück.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist auch im Oktober leicht gestiegen. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit lag mit 152 Punkten drei Punkte über dem Wert von September. Damit setzte sich die gute Entwicklung der vergangenen drei Monate fort.

Die Stellenmeldungen in der Leiharbeitsbranche sind im mittelfristigen Vergleich rückläufig, teilte die Bundesagentur für Arbeit mit. Dennoch kommt aktuell weiterhin knapp jede dritte gemeldete Arbeitsstelle aus diesem Bereich.

Großen Arbeitskräftebedarf gab es im Oktober in den Branchen Groß- und Einzelhandel, Bauinstallation, Gastronomie sowie aus dem Gesundheits- und Sozialwesen. Auch im Öffentlichen Dienst, in der Gebäudereinigung und der Unternehmensverwaltung wurden zahlreiche Mitarbeiter gesucht. Fachleute in den Bereichen Energie und Elektro, Metall-, Maschinen- und Fahrzeugbau, sowie Verkauf, Logistik und Handel sind zurzeit besonders gefragt.

Ende September gab es das sechste Jahr in Folge mehr unbesetzte Ausbildungsplätze als Bewerber. Das Interesse der Betriebe, sich durch Ausbildung Fachkräfte für den eigenen Betrieb zu sichern, ist nach wie vor hoch. Zahlreiche Unternehmen geben zunehmend leistungsschwächeren Jugendlichen eine Chance.

Von Oktober 2012 bis September 2013 wurden der Bundesagentur für Arbeit 504.500 Ausbildungsstellen gemeldet, 12.000 weniger als im Vorjahr. Ende September waren mit 33.500 Stellen etwas mehr Stellen unbesetzt als im Vorjahr. Zugleich gab es mit 21.000 mehr unversorgte Bewerber. Gegenüber 2012 ist das ein Anstieg um 5.400. Damit blieben deutschlandweit 3,7 Prozent der gemeldeten Bewerber ohne Ausbildungsstelle oder -angebot.

Erwerbstätige am Wohnort in Deutschland

in Mill.



© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013

3. Gesetzliche Neuregelungen zum 1. November 2013

3.1. Verbraucher besser vor unerwünschter Telefonwerbung geschützt

Seit dem 9. Oktober 2013 sind Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor unseriösen Geschäftspraktiken geschützt: Werbeanrufe von automatischen Anrufmaschinen sind verboten. Verstöße werden mit einer Geldbuße bestraft. Außerdem sind telefonisch abgeschlossene Gewinnspielverträge nur wirksam, wenn sie dem Verbraucher schriftlich bestätigt werden. Die Kosten für Abmahnungen bei Urheberrechtsverletzungen im Internet sind jetzt gedeckelt.

3.2. Schlichtungsstelle für Fluggastrecht

Flug-Passagiere haben bei Streitfällen jetzt das Recht auf eine schnelle, kostenlose und effektive Schlichtung. Wenn Fluggesellschaften die Ansprüche ihrer Kunden bei Verspätung, Annullierung oder Überbuchung und bei Gepäckschäden nicht erfüllen, wird die Schlichtungsstelle sich schnell um eine einvernehmliche Streitbeilegung bemühen. Für den Fluggast ist das grundsätzlich kostenlos. Die Neuregelung soll gewährleisten, dass sich Zahlungsansprüche bis zu 5.000 Euro mithilfe der Schlichtungsstelle durchsetzen lassen. Das Gesetz zur Schlichtung im Luftverkehr tritt am 1. November 2013 in Kraft.

3.3. Schlichtungsstelle für Streitfälle im Fernbuslinienverkehr

Wenn Fernbusse ausfallen oder zu spät kommen, Gepäck verlorengelht oder beschädigt wird, können sich Verbraucher an die Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr e.V. wenden. Die Bundesregierung hat die Schlichtungsstelle für Streitfälle im Fernbuslinienverkehr jetzt anerkannt.

3.4. Wäschetrockner sollen weniger Energie verbrauchen

Am 1. November treten die Vorgaben der Ökodesign-Richtlinie für Trockner in Kraft. Diese Richtlinie bildet den europäischen Rechtsrahmen für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Produkten mit hohem Energieverbrauch. Für Haushaltswäschetrockner werden deshalb höhere Anforderungen an die Energieeffizienz gestellt. Ziel ist es, die Wäsche mit geringstem Energieaufwand bestmöglich zu trocknen.

3.5. Neuer Mindestlohn für Gebäudereiniger ab Januar 2014

Für die Innenreinigung steigt der Mindestlohn ab Januar 2014 auf 9,31 Euro und zum 1. Januar 2015 auf 9,55 Euro. In den neuen Ländern steigt er ab Januar 2014 auf 7,96 Euro und ab 2015 auf 8,21 Euro.

Für die Außenreinigung steigen die Löhne in den alten Bundesländern ab Januar 2014 auf 12,33 Euro und ab Januar 2015 auf 12,65 Euro. In den neuen Ländern gilt ab Januar 2014 ein Mindestlohn von 10,31 Euro und ab Januar 2015 von 10,63 Euro.

Die entsprechende Verordnung tritt zum 1. November in Kraft.

3.6. Neue Regelungen in der Sozialversicherung

Das Arbeitsschutzgesetz sieht vor, dass psychische Belastungen im Arbeitsschutz nicht anders behandelt werden dürfen als körperliche Einschränkungen. Die Unfallkasse des Bundes, die Eisenbahn-Unfallkasse sowie die Unfallkasse Post und Telekom werden zusammengeführt. Sozialgerichtliche Verfahren werden gestrafft und beschleunigt. Das Gesetz zur Neuorganisation der bundesunmittelbaren Unfallkassen und zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes ist am 25. Oktober 2013 in Kraft getreten.

3.7. Richtlinie zur Patientenmobilität in Kraft

Ab sofort sind alle relevanten Informationen für Patienten, die sich im EU-Ausland behandeln lassen, zu finden. Die heimischen Krankenkassen übernehmen die Behandlungskosten bis zu der Höhe, die für die entsprechende Behandlung im Inland übernommen wird.

3.8. Deutsch-amerikanisches Abkommen gegen Steuerhinterziehung

Deutschland und die USA haben ein Abkommen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung unterzeichnet. Beide Staaten verpflichten sich darin zum gegenseitigen automatischen Informationsaustausch. Für die

Bundesregierung ist das Abkommen ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem globalen Modell für einen automatischen Steuer-Informationsaustausch.

Das Gesetz ist am 16. Oktober 2013 in Kraft getreten.

4. 51 Millionen Operationen und medizinische Prozeduren bei stationären Patienten

Knapp 51 Millionen Operationen und medizinische Prozeduren wurden bei den im Jahr 2012 aus vollstationärer Krankenhausbehandlung entlassenen Patientinnen und Patienten durchgeführt. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, waren das 3,3 % mehr als im Jahr 2011. Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, ob der Zuwachs durch Veränderungen des Operationen- und Prozedurenschlüssels oder andere Gründe bedingt ist. Die Anzahl der Krankenhaufälle, bei denen eine Operation oder medizinische Prozedur durchgeführt wurde, stieg im selben Zeitraum nur um 1,6 % auf 14,8 Millionen. Bei jedem dieser Fälle wurden 2012 wie im Vorjahr im Durchschnitt 3,4 Maßnahmen durchgeführt.

Knapp ein Drittel der 2012 durchgeführten Maßnahmen waren Operationen (15,7 Millionen), gefolgt von nichtoperativen therapeutischen Maßnahmen mit einem Anteil von 26,4 % (13,4 Millionen) und diagnostischen Maßnahmen mit 19,5 % (9,9 Millionen). Der Rest verteilte sich auf bildgebende Diagnostik (9,7 Millionen), ergänzende Maßnahmen wie zum Beispiel geburtsbegleitende Behandlungen (1,9 Millionen) sowie die Verabreichung spezieller Medikamente (0,3 Millionen).

Von den 15,7 Millionen Operationen entfielen 41,9 % auf die über 65-jährigen Patientinnen und Patienten. Zu den häufigsten Operationen in dieser Altersgruppe zählten andere Operationen am Darm (zum Beispiel Lösen von Verwachsungen, Aufdehnung von Darmabschnitten), endoskopische Operationen an den Gallengängen sowie die Implantation einer Endoprothese am Hüftgelenk.

Arthroskopische Operationen am Gelenkknorpel und an den Menisken spielten vor allem bei den 45- bis 64-Jährigen eine große Rolle. Auf den weiteren Rängen in dieser Altersgruppe folgte bei den Frauen Operationen am Mittelfußknochen oder den Zehengliedern und bei den Männern der Verschluss eines Leistenbruchs. Bei Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren waren Operationen, die im Zusammenhang mit Entbindungen stehen, am häufigsten. Bei Männern dieser Altersgruppe wurden in erster Linie operative Eingriffe an der unteren Nasenmuschel sowie arthroskopische Operationen am Gelenkknorpel und an den Menisken vorgenommen.

Bei Kindern bis 14 Jahren gehörten das Einschneiden des Trommelfells zur Eröffnung der Paukenhöhle sowie die Entfernung der Rachenmandeln zu den häufigsten Operationen.

5. Kurz notiert

5.1. Öffentliches Finanzvermögen zum Jahresende 2012 um 6,1 % gestiegen

Das Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts belief sich zum Jahresende 2012 auf 556,6 Milliarden Euro. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, war dies gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs um 6,1 % (+32,0 Milliarden Euro). Zum Finanzvermögen zählen Bargeld und Einlagen, Wertpapiere und Ausleihungen beim nicht-öffentlichen Bereich (zum Beispiel bei Banken und Versicherungen) sowie sonstige Forderungen. Nicht einbezogen werden Anteilsrechte und Finanzderivate.

Das Finanzvermögen des Bundes ist 2012 – wie bereits im Vorjahr – gesunken: Es ging um 6,4 % auf nunmehr 234,0 Milliarden Euro zurück. Die anderen Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts konnten ihr Finanzvermögen dagegen erneut erhöhen. Den stärksten Anstieg mit einem Plus von 22,6 % auf 107,3 Milliarden Euro erzielte wiederum die Sozialversicherung. Das Finanzvermögen der Länder wies im Jahr 2012 einen erheblichen Anstieg um 17,7 % auf 153,0 Milliarden Euro auf. Hauptgrund war die Übernahme eines weiteren Milliardenportfolios von der ehemaligen WestLB durch die Erste Abwicklungsanstalt (EAA). Auch die Gemeinden/Gemeindeverbände konnten das Finanzvermögen abermals steigern, und zwar um 8,9 % auf nunmehr 62,3 Milliarden Euro.

Die Anlage in Bargeld und Einlagen hat sehr stark um 21,2 % zugenommen. Mit 172,4 Milliarden Euro stellte im Jahr 2012 diese Anlageform somit zum ersten Mal den größten Anteil am Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts. Das Finanzvermögen an Wertpapieren ging hingegen um 2,9 % auf 162,9 Milliarden Euro zurück und war nur noch der zweitgrößte Anteilsposten. Ausleihungen (vergebene Kredite) haben um 4,5 % auf nunmehr 142,0 Milliarden Euro zugelegt. Die Sonstigen Forderungen (einschließlich Forderungen gegenüber dem öffentlichen Bereich) nahmen geringfügig um 0,7 % auf 79,3 Milliarden Euro zu.

5.2. Altersunterschied bei Paaren im Durchschnitt 4 Jahre

Rund 4 Jahre betrug im Durchschnitt der Altersunterschied bei zusammen lebenden Paaren in Deutschland im Jahr 2012. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, war der Altersunterschied bei Ehepaaren mit 3,9 Jahren etwas niedriger als bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften (4,5 Jahre). In knapp drei Viertel der Partnerschaften (73 %) war der Mann älter als seine Partnerin, bei 17 % war die Frau älter. Bei den restlichen 10 % der Paare waren beide Partner gleich alt. Der Altersunterschied betrug bei 47 % der Paare ein bis drei Jahre. Nur 6 % aller Paare trennte ein Altersunterschied von mehr als 10 Jahren.

5.3. 69.000 Tonnen Speisekürbisse im Jahr 2012 geerntet

Rund 69.000 Tonnen Speisekürbisse wurden 2012 in Deutschland von knapp 2.600 Hektar Anbaufläche geerntet. Dies teilt das Statistische Bundesamt aus Anlass des Halloween am 31. Oktober mit, wenn überall in Deutschland wieder Kürbislaternen geschnitzt werden.

Es ist wohl auch diesem amerikanischen Brauch zu verdanken, dass in der langfristigen Betrachtung Speisekürbisse zu den Gewinnern im Gemüsesortiment gehören. Seit 2006 sind die Anbauflächen um mehr als das Doppelte (+1.400 Hektar) und die Erntemengen um rund zwei Drittel (+28.000 Tonnen) angestiegen.

Mit einem Anteil von zusammen 75 % der Anbauflächen und Erntemengen sind Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen die wichtigsten Erzeugerländer für Speisekürbisse.

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent